

Zeitschrift: Wohnen

Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger

Band: 73 (1998)

Heft: 1

Artikel: Entwicklung : Streitgespräch zur Stadtzürcher Wohnbauförderung

Autor: Küng, Willy / Gafner, Karl / Weibel, Mike

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-106564>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ENTWICKLUNG

Im März wählen die Stimmberchtigten der Stadt Zürich eine neue Regierung (Stadtrat) und ein neues Parlament (Gemeinderat). Stadtrat Willy Küng (CSP) ist ein erklärter Förderer des kommunalen und gemeinnützigen Wohnungsbaus. Gemeinderat Karl Gafner strebt mit seiner Partei (FDP) die Wende im rot-grünen Zürich an und möchte den öffentlichen Wohnungsbau einschränken.

Karl Gafner ist Bauingenieur mit Erfahrung im Wohnungsbau. Er leitet ein Ingenieurunternehmen und ist Präsident der Stadtentwicklungs-kommission.

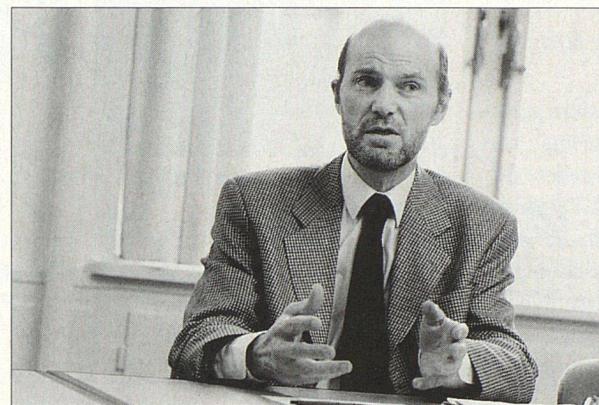
Willy Küng ist Finanzvorstand der Stadt. Sein Amt schliesst die Baurechtsverträge mit Genos-senschaften ab. Küng hofft, nächstes Jahr er-neut eine Wohnbauaktion starten zu können.

Herr Küng, wer soll in Zürich künftig Wohnraum für wen erstellen; mit welchen Mitteln?

Küng: Wir haben in der Stadt einen Mangel an Familienwohnungen. Weil die privaten Investoren leider zu wenig Familienwohnungen bauen, sind hier die Baugenossenschaften und die Stadt gefragt.

Der Gemeinderat hat 1995 Vermietungs-richtlinien beschlossen, wonach in grösseren Siedlungen soziale Durchmischung stattfinden soll. Die letzte grössere Über-

bauung mit 62 Wohnungen im Selnau umfasst freitragende und subventionierte Wohnungen. Dort kostet eine freitragende mit 4½ Zimmern netto etwa Fr. 2200.–. Wir locken also mit dem kommunalen Woh-



Gafner: «Nach der Wende wird in Zürich mehr gebaut.»

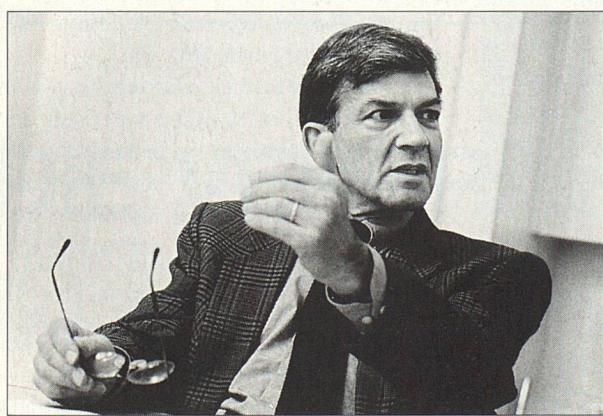
nungsbau nicht lauter arme Leute nach Zürich. Das ist guter Mittelstand. Wir brau-chen in Zürich klar mehr Familien. Darum werden wir uns weiterhin bemühen, zum Teil mit öffentlichen Mitteln. Die Genos-senschaften tragen diese Politik mehrheitlich mit und sollen, wenn sie gemeinnützig bauen, von der Stadt unterstützt werden.

Herr Gafner, wird nach der Wende nicht mehr gebaut in Zürich?

Gafner: Im Gegenteil, es wird mehr gebaut, weil wir die Rahmenbedingungen verbes-sern. Wir haben uns ja auch immer für eine Bau- und Zonenordnung (BZO) eingesetzt,

die flexibler und weniger re-striktiv ist. Es braucht vor allem Familienwohnungen für Bessergestellte.

Küng: Das Dumme ist nur, dass von den grossen vor allem die teuren Woh-nungen leer stehen, Herr Gafner. Von 1300 im Juni leerstehenden Wohnungen hatten nur 162 mehr als 3 Zimmer. Ein Teil davon liegt in einem oberen Preis-segment, in dem die Nachfrage fehlt.



Küng: «Die Privaten bauen zuwenig Familienwohnungen.»

Gafner: Der Wohnungsbau liegt heute dar-nieder, nur 0,34% des Bestandes werden jährlich neu gebaut. Wohnungsbau ist kein Kerngeschäft der Stadt. In den städtischen Liegenschaften sind Mittel gebunden, mit denen man Gescheiteres anstellen könnte. Die Stadt sollte ihren Wohnungsbe-stand abbauen und Woh-nungen gezielt an die interessierten Mieter verkaufen. Sie könnte sich damit ent-schulden. Auch dass die Stadt am Baurecht verhaftet bleibt, ist überholt. Genau-so wie die Banken soll sich auch die Stadt auf ihr Kern-geschäft beschränken und ihre Wohnliegenschaften abstossen. Die Förderung mit Subventionen beisst

sich auf die Länge in den Schwanz und führt zu Quer- und Doppelsubventionierungen. Der gemeinnützige und kommunale Woh-nungsbau ist in Zürich mit 25% Anteil ein-deutig zu stark, höher als in jeder anderen Schweizer Stadt. Wir fordern ein Moratori-um, bis der Anteil unter 20% liegt.

Das Mietniveau in Zürich ist trotz dieser 25%-Quote sehr hoch. Wenn nur noch Pri-va-te bauen, steigt doch das Niveau zwangsläufig?

Gafner: Das Gegenteil ist der Fall. Stadt und Baugenossenschaften sollten als Promoto-ren auftreten und die Wohnungen nach der Erstellung an Käufer übertragen. Hier sähe ich eine wichtige Aufgabe für die Baugenos-senschaften als professionelle Bauherren. Viele Baugenossenschaften befinden sich in einer Midlife-Crisis, sie haben es verpasst, ihre Wohnungen mit dem nötigen Komfort nachzurüsten und den modernen Bedürf-nissen anzupassen.

Küng: Deshalb haben wir uns beim Kanton dafür eingesetzt, dass die Förderung auch für Erneuerungen gilt. Was die BZO betrifft, Herr Gafner, zitiere ich gerne aus der Raumbeobachtung des Kantons, dass Leute mit hohem Einkommen Wohnsituationen mit wenig baulicher Dichte und genügend

MORATORIUM

Grünflächen bevorzugen. Genau dieses qualitative Element wollten wir mit der städtischen BZO stärken; die Opponenten brachten überall mehr Baumasse rein und handeln diesen Erkenntnissen zuwider. Wenn die Wohn- und Umgebungsqualität stimmt, bleiben die Familien gern hier wohnen. Klar widersprechen will ich der Aussage, dass der städtische Wohnungsbau städtische Mittel binde. Es handelt sich dabei um eine Anlage des Finanzvermögens, die sich selber verzinst, weshalb der Haushalt nicht belastet wird. Im übrigen ist die kurz nach der Jahrhundertwende eingeleitete Wohnbauförderung in der Gemeindeordnung festgeschrieben.

Zurück zur Wohnbauförderung. Herr Gafner, glauben Sie, Sie können sparen, wenn Sie die Objektförderung abschaffen?

Gafner: Wir müssen die Mittel heute gezielt einsetzen und sie dort reduzieren, wo die Ziele erreicht sind. Wir haben heute einen funktionierenden Wohnungsmarkt, die Baukosten sind stark gesunken, so dass der Erwerb von Wohneigentum verhältnismässig erschwinglicher wird. Subventionen schaffen nur ungleich lange Spiesse für Private und Gemeinnützige. All die Auflagen der Subventionsbehörden zu Wohnungsbelegung, Abschreibungsquo-

ten usw. behindern die Baugenossenschaften nur darin, sich marktgerecht zu verhalten.

Küng: Das sind kantonale Vorschriften, die Sie anführen. Baugenossenschaften bauen in erheblichem Umfang auf privatem Land, das sie erwerben und sind auch punkto Finanzierung auf sich selbst angewiesen. Wir brauchen da gar keinen Gegensatz zu konstruieren. Lassen wir doch die Privaten auf privatem Land bauen. Das kommunale Land stellen wir vorab den Baugenossenschaften zur Verfügung und wollen darauf auch in Zukunft selber mal etwas realisieren.

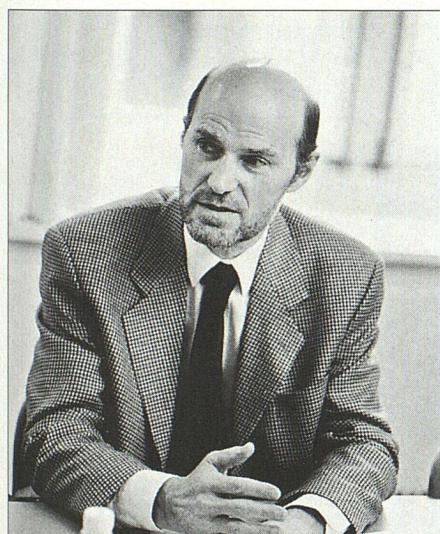
Herr Küng, was unternehmen Sie, damit potente Steuerzahler die Stadt nicht verlassen?

Küng: Wir können keine Steuerabkommen schliessen. Sicherung der Wohnqualität ist das allerwichtigste. Gründe für das Verlassen der Stadt liegen in den seltensten Fällen bei den Steuern.

Gafner: Die Stadt kann sehr viel tun. Die schulischen Verhältnisse, etwa im Kreis Limmattal mit einem hohen Anteil sprachlich und kulturell nicht integrierter Ausländerkinder, sind abschreckend. Hier kann die Stadtentwicklung und damit auch der Wohnungsbau viel bewirken. Zum Beispiel mit Aufwertungsprojekten wie im Steinfels-Areal oder gerade das Projekt Am Wasser. Aber bitte nicht mit subventionierten Wohnungen! Die Schöller-Überbauung zeigt doch, dass diese Lage direkt an der Limmat attraktiv ist.

Herr Gafner, was tun Sie als Parlamentarier, damit Bauen billiger wird und damit attraktiver für Investoren?

Gafner: Wir wehren uns gegen verstärkte Einschränkungen: Wir wollen mehr Freiheit, gute Lagen sollen für Wohnungsbau erschlossen werden. Gestaltungspläne und Wettbewerbe braucht es nur bei wirklich komplexen Aufgaben.



«Genossenschaften sollen als Promotoren auftreten.»



«Der Kanton tut viel Gutes für die Wohnbauförderung.»

FOTOS: SIMONE GLOOR

Küng: Wieso soll man sich für ein Grundstück, das für hundert Jahre überbaut wird, nicht zwei, drei Lösungsmöglichkeiten vorschlagen lassen? Wir haben stark darauf hingewirkt, dass gerade die Genossenschaften nicht über Jahrzehnte hinweg mit ihrem Hausarchitekten bauen.

Herr Küng, wir hören von Baugenossenschaften immer wieder Klagen, dass Schreibtischtäter in der Verwaltung praxisfremde Forderungen stellen. Was tun Sie als Exekutivmitglied dafür, dass die Behörden ihren Spielraum sinnvoll nutzen?

Küng: Weil wir die kantonalen Vorschriften zu vollziehen haben, sind wir häufig der Überbringer der schlechten Nachricht. Wir setzen uns – leider erfolglos – beim Kanton dafür ein, dass die Vorschriften flexibler gehandhabt werden. Ein schlechtverdienendes Ehepaar sollte in einer subventionierten Wohnung bleiben können, wenn die Kinder ausgeflogen sind.

Der Kanton tut viel Gutes für die Wohnbauförderung, er erlässt aber zum Teil Vorschriften, die etwas abgehoben sind vor der Realität der Wohnbaugenossenschaften.

DAS GESPRÄCH FÜHRTE BRUNO BURRI UND MIKE WEIBEL